

Bremerhaven, 20.01.2025

Vorlage Nr. V+G/VGB 4/2025		
für die Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung am 04.03.2025		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Sachstandsberichte zur Situation von Geflüchteten in Bremerhaven

Der Magistrat der Stadt Bremerhaven berichtet der Stadtverordnetenversammlung seit dem 10. März 2016 regelmäßig über die Situation von Geflüchteten in Bremerhaven. Der „Sachstandsbericht des Magistrats zur Situation von Geflüchteten in Bremerhaven“, der auf Daten der Dezernate III und IV basiert, wurde in den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung am 10. März 2016, 28. April 2016 und am 9. Juni 2016 ohne Aussprache mündlich vorgetragen. Seit der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 1. September 2016 bis einschließlich zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Juni 2018 wurde der Sachstandsbericht als Anlage zur Tagesordnung vorgelegt. Eine Aussprache fand auch hier nicht statt.

Im April 2018 verständigte sich die damalige Stadtverordnetenvorsteherin Lückert mit den damaligen Stadträten Frost und Dr. Schilling sowie der Ersten Beisitzerin von Twistern darauf, dass ab dem 1. Juli 2018 der Sachstandsbericht nur noch halbjährlich schriftlich als Anlage zur Tagesordnung vorgelegt werde. Der Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung wurde über diese Thematik in seiner Sitzung am 24. April 2018 beteiligt und hatte keine Einwände.

Stadtrat Günthner ist im Januar 2025 mit dem Vorschlag an mich herangetreten, dass der „Sachstandsbericht des Magistrats zur Situation von Geflüchteten in Bremerhaven“ künftig als „Sachstandsbericht Geflüchtete und unbegleitete minderjährige ausländische Kinder und Jugendliche (umA)“ zu Beginn eines jeden Jahres im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung, im Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen sowie im Jugendhilfeausschuss beraten werden könnten. Die Ausschüsse bieten den geeigneten Rahmen, um den Sachstand umfassend darzustellen, einen konstruktiven Austausch zu fördern und gegebenenfalls Beschlüsse zur Weiterleitung an die Stadtverordnetenversammlung zu fassen. Eine Befassung durch die Stadtverordnetenversammlung wäre nicht mehr vorgesehen.

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung stimmt dem Vorschlag von Stadtrat Günthner zu, dass der „Sachstandsbericht Geflüchtete und unbegleitete minderjährige ausländische Kinder und Jugendliche (umA)“ mit sofortiger Wirkung zu Beginn eines jeden Jahres im Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung, im Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen sowie im Jugendhilfeausschuss beraten wird.

Eine Befassung durch die Stadtverordnetenversammlung ist nicht mehr vorgesehen.

T. von Haaren
Stadtverordnetenvorsteher